

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Gartenstadt

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin: Mittwoch, den 24.02.2021

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:00 Uhr

Ort, Raum:

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Andreas Rennig

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Katharina Sommer

Eva-Maria Uebel

Ulrich Sommer

Birgitta Frings

Lukas Muciek

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Markus Lemberger

Stefan Klee

Elisabeth Schäfer

Norbert Kimpel

Barbara Lemberger

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Joachim Vocke

Grünes Forum - Ortsbeiratsfraktion

Claus Guntrum

Martina Holzbecher

FWG-Ortsbeiratsmitglied

Markus Sandmann

Hans Arndt

Schritfführer/in

Brigitte Kachelmeier-Schmitt

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Dr. Peter Uebel

Entschuldigt fehlten:

im Ortsbezirk wohnende Stadtratsmitglieder

Manfred Hartinger

Ibrahim Yetkin

Tagesordnung:

1. Bericht Ortsvorsteher
2. Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Ortsbeirat
Ausbau und Ausweisung des Friesenheimer Weges als Radweg
Vorlage: 20212939
3. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Nachbesserung der Gehwegplatten
Vorlage: 20212941
4. Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Erstellung einer Satzung nach dem Landesgesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG)
Vorlage: 20212940
5. Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grünes Forum
Mittelstreifen Kurve Leininger-/ Raschigstraße
Vorlage: 20212946
6. Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Friedhof Mundenheim
Vorlage: 20212942
7. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft Grünes Forum
Parksituation Ärztehaus
Vorlage: 20212945

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Gartenstadt war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 Bericht Ortsvorsteher

Ortsvorsteher Andreas Rennig informiert über

1. einen Bürger, der sich für den Einsatz des Ortsbeirates betreffend Busschleifenänderung im Bereich Niederfeld bedankt hat.
2. Ausbau der Schreiberstraße.
3. Beschwerden über Lärm und Müllablagerungen auf dem Otto-Thiele-Platz, verursacht

- durch Jugendliche, die sich dort treffen.
4. Neubau der GAG in der Hochfeldstraße, Vermietung ab März 2021.
 5. die Arbeiten Erweiterung Ärztehaus (Mischbebauung) der Leininger Straße haben begonnen, mit insges. 32 Parkplätzen. Der Trampelpfad sollte durch einen befestigten Weg ersetzt werden, so die Meinung des Ortsbeirates.
 6. das Parken/Parkhaus Marienkrankenhaus bzw. Beschwerden von Anwohnern. Das Parkhaus wird nicht in ausreichendem Maße von den Besuchern genutzt. Wegen den Öffnungszeiten des Parkhauses und einer deutlich besseren Beschilderung sollte ein Gespräch mit dem Betreiber stattfinden.
 7. die Baumpflanzungen im Zuge der Aktion „Bürger spenden Bäume für die Gartenstadt“ der Siedlergemeinschaft Niederfeld e.V. Mittlerweile sind 5 Bäume gepflanzt, im März soll ein 6. Baum und im Herbst weitergepflanzt werden. Insgesamt wurden 28.250,- Euro eingenommen.
 8. die im Werksausschuss beschlossene hydraulische Kanalsanierung auf 570 m in Niederfeld.

zu 2 Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen im Ortsbeirat Ausbau und Ausweisung des Friesenheimer Weges als Radweg

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahmen der Verwaltung:

Stellungnahme Bereich Tiefbau

Die Verwaltung wird die erwähnten Schäden ausbessern lassen.
Die Bereiche Stadtplanung und Straßenverkehr werden den Vorschlag zur Ausweisung als Radweg prüfen. Das Ergebnis wird in der kommenden Sitzung mitgeteilt.

Stellungnahme Bereich Straßenverkehr

Aufgrund der Ortsbesichtigung am 22.02.2021 wurde festgestellt, dass es in dem Weg, der als Fahrweg eingetragen ist und damit auch eine Erschließungsfunktion hat, 6 nutzbare Zufahrten in die Gärten der Anwesen Freinsheimer und Friedelsheimer Straße gibt, auf denen Fahrzeuge abgestellt werden können.
Zusätzlich gibt es 16 Gartentore, die als Zugang dienen und vor denen auch Gartenmaterial/Grünabfälle be- und entladen werden können.
Dazwischen ist noch ein Weg zur Friedelsheimer Straße und eine Grünanlage mit Sandkasten hinter dem Anwesen Dackenheimer Straße 4 vorhanden.
Hinzu kommt noch der Verkehr zur Unterhaltung des Landschaftsschutzgebietes Maudacher Bruch, der teilweise auch über den Friesenheimer Weg abgewickelt wird. Auch herrscht dort Fußgängerverkehr, der ebenfalls zu berücksichtigen ist.

Vor diesem Hintergrund ist die bereits vorhandene Beschilderung mit VZ 260 und Zusatzzeichen „Anlieger frei“ mit den erforderlichen Beschränkungen, um den Fahrweg für alle Anlieger abzuwickeln und dennoch Fuß- und Radverkehr zuzulassen, ausreichend.

Deshalb kann hier keine Ausweisung als Radweg erfolgen.

Radweganlagen sind in der Maudacher und Leininger Straße zur Raschigstraße vorhanden.

Die Antragsteller befürworten eine Sanierung, damit der Weg optimal sowohl von Fußgängern als auch Radfahrern genutzt werden kann. Ein Ortsbeiratsmitglied ergänzt, dass die Formulierung „als Radweg auszuweisen“ evtl. irreführend ist.

**zu 3 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Nachbesserung der Gehwegplatten**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung, Bereich Tiefbau:

Stellungnahme

Bauarbeiten im Bereich öffentlicher Straßen werden nach deren Abschluss durch den Bereich Tiefbau abgenommen. Im Rahmen der Abnahme festgestellte Mängel, die den Verkehr behindern oder die Sicherheit oder Leichtigkeit des Verkehrs beeinträchtigen können, werden in einem Protokoll festgehalten und die/der Bauausführende ist aufgefordert, diese Mängel in einem festgelegten Zeitraum (i. d. R. innerhalb von zwei bis vier Wochen) zu beseitigen.

Im Bereich Niederfeld sind uns aktuell keine im Zusammenhang mit Glasfaserverlegearbeiten stehenden Mängel bekannt. Wir werden die Trassen der Glasfaserverlegung im Rahmen der regelmäßigen Straßenkontrolle selbstverständlich nochmals prüfen und soweit erforderlich, vorhandene Mängel beseitigen lassen.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 4 Antrag der FWG-Ortsbeiratsfraktion
Erstellung einer Satzung nach dem Landesgesetz über das Verbot der
Zweckentfremdung von Wohnraum (ZwEWG)**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die Stellungnahme der Verwaltung, Bereich Bauaufsicht:

Stellungnahme

Die FWG-Ortsbeiratsfraktion Gartenstadt bittet darum, dass der Ortsbeirat beschließen möge, die Verwaltung aufzufordern, eine Satzung gegen Zweckentfremdung von Wohnraum aufzustellen.

Den Beschluss, eine solche Satzung aufzustellen, kann nur der Stadtrat treffen.

Voraussetzung einer solchen Satzung ist der Beleg, dass die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen gefährdet ist und dieser Wohnraummangel nicht auf andere Weise mit zumutbaren Mitteln und in angemessener Zeit abgeholfen werden kann.

Einen Aspekt dieser Voraussetzung könnte auch der Wohnungsleerstand sein, der im weiteren Sinne auch als Zweckentfremdung interpretiert werden kann. Derzeit wird durch eine Untersuchung des Bereichs Stadtentwicklung der Umfang leerstehender Wohngebäude geprüft.

Es handelt sich bei der Zweckentfremdungsverordnung um ein Verbot mit Genehmigungsvorbehalt.

Einer Genehmigung nach dieser Satzung bedarf es jedoch nicht, wenn der Wohnraum bereits vor Inkrafttreten dieser Satzung anders genutzt wurde, d. h. es gilt insofern Bestandschutz.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis. Ein Ortsbeiratsmitglied wies darauf hin, dass die FWG einen Antrag im Stadtrat stellen sollte, den die SPD-Ortsbeiratsfraktion unterstützen wird.

**zu 5 Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grünes Forum
Mittelstreifen Kurve Leininger-/ Raschigstraße**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die

Stellungnahme der Verwaltung:

Diese Bitte nehmen wir entgegen und prüfen die Umsetzungsmöglichkeiten anhand der Örtlichkeiten. Nach Prüfung werden wir die Umsetzung veranlassen.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 6 Anfrage der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Friedhof Mundenheim**

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die

Stellungnahme der Verwaltung:

- a) Auf dem Friedhof Mundenheim wurden im letzten Jahr im Zuge des Baus des naturnahen Bestattungsfeldes und eines neuen Urnengrabfeldes mehrere Wege saniert und neu angelegt.
Für 2021 sind keine größeren Wegebaumaßnahmen angedacht.
Alle Mitarbeitenden sind angehalten, gefährdende Zustände dem Friedhofsverwalter zu melden, der bei der Teamleitung die Beseitigung durch geeignete Maßnahmen veranlasst. Bis dahin sind Gefahrenstellen zu sichern.
Für zusätzliche Hinweise der Nutzer und Nutzerinnen sind wir dankbar, um solche Gefahrenstellen schneller zu erkennen.

Die wassergebundenen, unbefestigten Wege werden nach dem Winter routinemäßig im Laufe des Jahres durch Maßnahmen wie Verfüllen von Setzungen, Egalisieren von Fahrspuren und Wiederaufbringen der Deckschicht gepflegt.

- b) Dem Büro PlanRat Venne aus Kassel wurden alle notwendigen Daten übermittelt. Dazu gehören GIS-Pläne, Statistiken, Bestandspläne, Unterlagen wie Satzung, Gebühren, Grabarten, Leitungspläne und Vieles mehr. Zudem wurden von der Verwaltung und dem Büro Daten der Statistikstelle der Stadt und des statistischen Landesamtes eingeholt, um Prognosen zu Bestattungszahlen für die nächsten 30 Jahre erstellen zu können. Das Büro hat auch alle Friedhöfe gesichtet. Die Daten werden momentan gesichtet und aufbereitet, um Aussagen zu der Friedhofsentwicklung und dem Flächenbedarf, sowie dem Bestattungsangebot zu treffen. Ergebnisse liegen noch nicht vor. Weitere Module sind die Betrachtung des Freiflächenmanagement sowie der Gebäudebewirtschaftung. Hierzu hat sich Herr Dr. Venne mit den Arbeitsabläufen, den Arbeitsarten der Personalstruktur sowie dem Gebäudebestand auseinandergesetzt.

Nach der Auswertung der Bestandsanalyse ist geplant, ab April die Nutzer und Nutzerinnen der Friedhöfe mit einzubinden. In welcher Form dies aufgrund der Pandemie geschehen kann, muss noch erörtert werden. Weiterhin folgen die Module Gebühren, die Öffentlichkeitsarbeit, die strategische Ausrichtung der Friedhofsverwaltung, sowie die Freiraumplanung. Ergebnisse werden dann ein Gutachten und ein modulübergreifender Maßnahmenkatalog mit Konzepten zu Vegetationsgestaltung, Wegenetz, Wirtschaftsbereichen und Gebäudemanagement sein.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 7 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft Grünes Forum Parksituation Ärztehaus

Ortsvorsteher Andreas Rennig verliest die

Stellungnahme, Bereich Stadtplanung:

Zu straßenrechtlichen Fragestellungen und der Verkehrsüberwachung kann seitens der Stadtplanung keine Stellungnahme erfolgen.

Es wird planerisch darauf hingewiesen, dass bei der geplanten Erweiterung auch die dafür notwendigen Stellplätze auf der Fläche des Ärztehauses nachgewiesen werden, sodass sich die Zahl der Parkmöglichkeiten insgesamt entsprechend erhöhen wird.

Hinsichtlich des ÖPNV ist das Ärztehaus mit den vorhandenen Buslinien heute bereits gut angebunden. Innerhalb des Verbundgebietes bzw. innerhalb der rnv gibt es derzeit Überlegungen, das Angebot an flexiblen Angebotsformen, sog. On-Demand-Verkehre, zu untersuchen und zu erproben. Außerdem findet bundes- und verbundweit gerade eine Diskussion

über Tarifstrukturen bzw. eine künftige Preisgestaltung statt, im Rahmen dessen auch verschiedene Modelle untersucht und erprobt werden sollen.

Inwieweit sich daraus konkrete Maßnahmen für den Stadtteil Gartenstadt bzw. bestimmte Einrichtungen ergeben, die ist derzeit aber noch nicht absehbar.

Über den ÖPNV hinaus ergeben sich durch die Ausweitung des Fahrradvermietsystems VRNnextbike und diverser E-Tretroller-Angebote im Stadtteil Gartenstadt neue Mobilitätsangebote.

und

Stellungnahme, Bereich Straßenverkehr:

Seitens der Verkehrsüberwachung werden Kontrollen auch im Ortsteil Gartenstadt im Rahmen der Streifenplanung vorgesehen und durchgeführt.

Die angesprochenen Wohnmobile in der Leininger und Raschigstraße dürfen dann parken, wenn sie die zulässige Gesamtmasse von 3,5 t nicht überschreiten und in die Restfläche zwischen Gehweg und Beginn der Radwegmarkierung passen. Auch andere Fahrzeuge, wie PKW's, dürfen auch nur in dieser Restfläche parken. Wir werden dies verstärkt kontrollieren.

Auf wen Fahrzeuge als Halter zugelassen sind, ist für die Kontrolle im Rahmen der Überwachung des ruhenden Verkehrs unerheblich, da die Straßenverkehrs-Ordnung hier keine Unterscheidung trifft. Der öffentliche Verkehrsraum steht grundsätzlich allen Verkehrsteilnehmern offen, soweit nicht ausdrücklich ein Verbot mittels Beschilderung oder gesetzlichem Haltverbot hergeleitet werden kann.

Die Frage zu Haltern der Wohnmobile darf aus Datenschutzgründen nicht beantwortet werden.

Der Antragsteller nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
18:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.03.2021

Brigitte Kachelmeier-Schmitt
Schriftführer

Andreas Rennig
Vorsitzende/r